

Wir wehren uns gegen Diffamierung und Ausgrenzung

Um Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel einer Regierungsbildung und einen Ministerpräsidenten der LINKEN zu ermöglichen, hat die Thüringer LINKE einer Protokoll-Anlage zu den Sondierungsgesprächen mit den Grünen und der SPD zugestimmt, in der zur Vergangenheit der DDR ausgeführt wird:

..... Die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat ... in der Konsequenz ein Unrechtsstaat. ... Wir verständigen uns darauf, nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren zusammenzuarbeiten. Ebenso sollen Menschen, die leugnen, dass die DDR kein Rechtsstaat war, keine Verantwortung in der gemeinsamen politischen Arbeit für Thüringen wahrnehmen.”

In einem Brief an das OKV-Präsidium vom 20.10.2014 sucht die Landesvorsitzende der Thüringer LINKEN diese unmissverständliche Unterwerfung unter das herrschende kapitalistische System und die Distanzierung von politischen Verbündeten damit zu rechtfertigen, dass sie doch zwischen dem politischen System und dem Leben in der DDR unterschieden habe. So als ob ein Leben in Frieden und sozialer Sicherheit, ohne kapitalistische Ausbeutung und ohne Nazi-Eliten im Staatsapparat, in der Justiz, in der Armee und den Geheimdiensten unabhängig vom politischen System existiert habe.

Innerhalb und außerhalb der Partei DIE LINKE hat diese Position zur DDR-Geschichte heftige und empörte Reaktionen ausgelöst. Die kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE in Thüringen hat dem OKV geantwortet: "Wir teilen Eure Empörung. Aber bitte zieht Euch diese Jakke nicht an. Die Kommunistinnen und Kommunisten der Thüringer Linken jedenfalls denken nicht daran, die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Euch einzustellen. Wir werden diese vielmehr vertiefen". Sie hat damit klärend beigebrachten, politischen Schaden zu begrenzen.

Auf der traditionellen Protestveranstaltung des OKV am 3.10.2014 unterstrich Wolfgang Gehrke, Stellv. Fraktionsvorsitzender der LINKE im Bundestag, dass es völkerrechtlich den Begriff „Unrechtsstaat“ nicht gibt, die DDR die Antwort auf den Faschismus war und eine Kon-

sequenz daraus, dass die Rote Armee Europa und damit auch Deutschland vom Faschismus befreit hat. Die DDR habe den Faschisten und ihren Nachfolgern die Macht entrissen und sich an keinem Krieg und keiner Kriegsvorbereitung beteiligt. Wörtlich führte er aus: „Aber eines ist mir auch klar: Es muss Schluss gemacht werden mit

Das Bundessozialgericht hat am 30.10.2014 fünf Revisionsverfahren zu „Zulagen und Zuschlägen“ entschieden. Die Revision der Beklagten waren im Sinne der Aufhebung und Zurückweisung erfolgreich. Im Auftrage des Vorstandes nahm Hartwig Müller an den Verhandlungen teil

Ein ausführlicher Beitrag dazu folgt in der Dezember-Ausgabe

der Stasi-Jagd. Den Stasi-Jägern muss die Macht aus den Händen genommen werden. Für mich ist der Kapitalismus keine sinnvolle Alternative zum untergegangenen „Realsozialismus“. Kapitalismus ist tagtägliches Unrecht. Der Bezeichnung, dass der Kapitalismus ein gesellschaftliches Unrechtsystem sei, würde ich zurufen: Richtig. Der Kapitalismus ist ein gesellschaftliches Unrechtsystem und er muss überwunden werden. War die DDR nun ein Unrechtsstaat, wie es ein Teil meiner Partei glaubt und schreibt? Oder ist dieser Begriff falsch, wie ich überzeugt bin.“

Der anerkannte Bürgerrechtler, Pfarrer Friedrich Schorlemmer hat bei aller kritischen Einschätzung der DDR folgende bemerkenswerte Aussage getroffen: „Dieser sozialistische Staat war ein Mutterstaat, eine nährende und Geborgenheit stiftende Amme und zugleich strenger Vaterstaat. Hier existierte, durch Verfassung verbrieft, der Hort des Friedens, in dem die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen worden sind, wo jeder ein Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur, Sport, Freizeit und Erholung, Recht auf Fürsorge im Alter und bei Invalidität hatte, wo auch Glaubens- und Gewissensfreiheit als gewährleistet galten. Wer die DDR noch 25 Jahre danach in toto zum Unrechtsstaat erklärt, der kann zu einer differenzierten Betrachtung dieses als sozialistischem Alternativsystem zum „bürgerlichen Westen“ gedachten Gesellschaftsversuchs nicht gelangen“. („Freies Wort“ 16.10.2014)

Wenn lautstark von der „DDR-Diktatur“ ge-

sprochen wird, so ist damit nicht die Diktatur des Proletariats gemeint, sondern die Gleichsetzung mit dem Faschismus. Professionelle Geschichtsfälscher erklären die DDR zur Hölle auf Erden und die BRD zum Garten Eden.

Wie sollten wir uns als ISOR verhalten?

Dort wo es notwendig ist, werden wir auch künftig Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE suchen. Wir streben mit allen Kräften ein weitgehendes gemeinsames Handeln an, wenn es um soziale Fragen, aber auch um Krieg oder Frieden geht. Was die Haltung zur Geschichte betrifft, lassen wir uns nicht auf eine Stufe mit dem Faschismus stellen. Bei der Gewährleistung sozialer Menschenrechte, auf den Gebieten des Arbeits-, Familien- und Zivilrechts, bei der Entwicklung einer volksnahen Rechtsprechung durch gesellschaftliche Gerichte, in punkto Kinderfreundlichkeit, bei der Herstellung der Gleichberechtigung der Frauen und der Förderung der Jugend, bei Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit, bei der Zurückdrängung der Kriminalität und der Herstellung solidarischer zwischenmenschlicher Beziehungen war die DDR der heutigen Bundesrepublik eine historische Epoche voraus. Die DDR war die bessere Gesellschaftsordnung für die arbeitenden Menschen, die es je in Deutschland gegeben hat. Trotzdem negieren wir nicht aufgetretene Fehler. Wir haben nichts gegen eine sachliche

Aufarbeitung unserer Vergangenheit, dazu gehört aber auch die objektive und kritische Aufarbeitung der Geschichte der BRD und die Untersuchung von Wechselwirkungen und der Systeme aufeinander.

Wir erwarten von unseren in der Partei DIE LINKE organisierten Mitgliedern, dass sie in ihren Basisorganisationen eine klare Haltung zu unserer Vergangenheit einnehmen und die Bereitschaft unseres Vereins zur engen Zusammenarbeit in allen Fragen bekunden, die die sozialen und politischen Interessen der ISOR-Mitglieder betreffen. Wir werden DIE LINKE und parteiübergreifend auch andere linke Kräfte und Organisationen weiter dort unterstützen, wo wir gemeinsame Interessen und Ziele verfolgen.

Was den Begriff „Unrechtsstaat“ betrifft, halten wir uns an die Definition des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages: „Eine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffes „Unrechtsstaat“ gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften. Gleichwohl wird in politischen Diskussionen oft das Gegensatzpaar „Rechtsstaat – Unrechtsstaat“ verwendet. Dabei geht es zumeist darum, die politische Ordnung eines Staates, der als Unrechtsstaat gebrandmarkt wird, von einem rechtsstaatlich strukturierten System abzugrenzen und moralisch zu diskreditieren“. Insofern charakterisieren die gebetsmühlenartigen Verbalattacken viel mehr den Nutzer als den Adressaten.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Dr. Rainer Rothe informierte, dass am 30.10.2014 eine Verhandlung des Bundessozialgerichtes (BSG) zur Anerkennung von Zuschlägen und Zulagen für die Rentenberechnung angesetzt ist. Der Vorstand wird in der nächsten Ausgabe von **ISOR aktuell** dazu ausführlich informieren.

*

Der Geschäftsführer berichtete über die vorläufigen Ergebnisse der Auswertung der Mitgliederstatistiken für die Periode von Anfang April bis Ende September 2014.

Danach ist die Mitgliederzahl weiter rückläufig und beträgt jetzt 18.451. Die Mitgliederverluste sind überwiegend Sterbefälle. 76 Neuaufnahmen stehen 128 Austritte gegenüber, was eine im Vergleich zur vorherigen Berichtsperioden deutlich verbesserte Situation widerspiegelt.

*

Manfred Krumbholz erstattete den Bericht der Revisionskommission für das I. Halbjahr 2014. Er bestätigte erneut die ordnungsgemäße Führung der Finanzen von ISOR

*

Durch den Geschäftsführer wurden am 16.10.2014 insgesamt 76.803 Unterschriften unter die Petition zur Rentenangleichung Ost an West an den Vorsitzenden der GBM, Karl-Heinz Wendt übergeben. Die GBM wird diese Unterschriftenlisten mit denen der GBM, GRH und der Sportsenioren zusammenführen und dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zuleiten.

*



Aus unseren TIG

„Wir haben in unserem bisherigen Kampf beachtliche Erfolge erzielt, uns durch Niederlagen nicht entmutigen lassen und wir haben Standhaftigkeit bewiesen, diese auch, weil wir unseren Kampf gegen das Rentenstrafrecht als ein zentrales Problem im Kampf für Rentengerechtigkeit im Osten insgesamt auffassen und vertreten“, erklärte u.a. der Stellvertreter des Vorsitzenden der ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff in Prenzlau. Dort hatte die **TIG Uckermark** Ende September zu einer Mitgliederversammlung eingeladen.

Daran nahmen Gäste aus Eggesin, Pasewalk und Templin teil.

Ausführlich und überzeugend gab Horst Bischoff Antwort auf die wohl alle ISOR-Mitglieder bewegenden Fragen, so z.B. darauf, wie geht es weiter mit ISOR? oder wie lange gibt es noch das Rentenstrafrecht? Hoffnungen sind mit einer von ISOR im Mai 2012 an das Bundesverfassungsgericht eingereichten Verfassungsbeschwerde verbunden. Mehr als 73.500 Unterschriften einer von ISOR initiierten Sammelpetition an den Deutschen Bundestag unterstützen diesen Schritt.

„Wir sind überzeugt, dass mit unserem Gutachten beim Bundesverfassungsgericht Dokumente vorliegen, die nicht einfach vom Tisch zu wischen sind“, betonte unser Gast. Gleichfalls kam auch die gemeinsame Unterschriftensammlung von GBM, GRH und ISOR

zur Sprache. Nach einer bisherigen Übersicht beteiligten sich daran etwa 100.000 Unterzeichner. Diese fordern damit eine unverzügliche Rentenangleichung Ost-West. Der Stellvertreter des ISOR-Vorsitzenden sagte offen: „Aus heutiger Sicht schätzen wir auch ein, dass in dieser begonnenen Legislaturperiode des Bundestages keine der regierenden Parteien an der ‚Rentenfront‘ etwas ändern möchte“. Für den Fall einer auch denkbaren Zurückweisung der Verfassungsbeschwerde sei der Kampf gegen das Rentenstrafrecht nicht beendet. Insofern werde ISOR noch auf längere Sicht gebraucht. Horst Bischoff erinnerte in diesem Zusammenhang an den Beschluss der letzten Vertreterversammlung, dass nach der Entscheidung in Karlsruhe eine Mitgliederbefragung zu erfolgen hat, die die Weichen für die künftige Tätigkeit von ISOR stellen könnte. Weiterhin wären auch die Anrufung internationaler Gremien und politische Aktivitäten in Erwägung zu ziehen. An alle ISOR-Mitglieder war die Ermunterung gerichtet, die Wahrheit über unser Leben in der DDR zu verbreiten. Besonders hob Horst Bischoff die Positionen der Partei DIE LINKE hervor, die in wichtigen Fragen des Kampfes gegen Rentenunrecht mit den ISOR-Positionen übereinstimme. Einen zustimmenden Schlusspunkt des Prenzlauer Treffens setzte der Templiner TIG-Vorsitzende mit seiner Wertung: „Das waren klare Worte - übrigens eine feine Sache die heutige Veranstaltung!“

Bereits zu Beginn der Mitgliederversammlung erfuhr diese einen schönen Höhepunkt: Der langjährige Prenzlauer TIG-Vorsitzende, jetzt TIG Uckermark, Hans Joachim Möllenbergs, empfing aus den Händen von Prof. Dr. Bischoff ein vom ISOR-Vorsitzenden Horst Parton unterzeichnetes Dankschreiben des Vorstandes - ein würdiges Dankeschön für seinen Einsatz für unsere soziale Vereinigung. Gesundheitliche Gründe zwingen zum Abschied aus der Funktion. Eine weitere Würdigung mit einer Ehrenurkunde wurde Hans-Dieter Clauß zuteil für seine Arbeit in der ehemaligen TIG Schwedt/Oder.

Benno Butschalowski

*

Ein altes Sprichwort sagt: „Der Sieg hat viele Väter, die Niederlage nur einen.“

Die Richtigkeit dieser Aussage wird jetzt, da sich der Niedergang und das vorläufige Scheitern der sozialistischen Idee in der DDR zum 25. Mal jährt, täglich bewiesen. Nicht nur

Zwischenruf

Mr. Charles Hagel leitet in den USA hauptberuflich seine Verteidigungsarmee. Auf der Jahreskonferenz des „Verbandes der US-Armee“ erklärte er seine Sorge darüber, dass seine Truppe „mit einem revisionistischen Russland fertig werden muss, das über eine moderne und kampfkraftige Armee an der Türschwelle der NATO verfügt.“

Russland ist revisionistisch. Mit solchen Elementen hatte schon ein gewisser W.I. Lenin seinen gelegentlichen Ärger. Es soll eine moderne und sogar kampfkraftige Armee haben. Da staunt der Revisionist. Bis dato wurde diese Truppe immer als Schrottverwaltungsunternehmen in den Medien vorgeführt. Aber diese Rolle scheint jetzt auf die Bundeswehr übergegangen zu sein. Beides ist sowieso gelogen. Aber jetzt kommt die reine Wahrheit: Achtung, Russland steht an der Türschwelle der NATO. Teufelskerl Putin scheint mit seinem U-Boot von Schweden den nach Brüssel gesegelt zu sein, im Schlepptau seine kampfkraftige Armee. Wladimir, das ist nicht schön von dir! Wenn jetzt die wahren Europäer sagen, du regierst ein (Tür-)Schwellenland, bist du wieder böse. Du honorierst auch nicht die Tatsache, dass die NATO dir in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr entgegenkam, obwohl sie das ja erklärtermaßen nicht wollte. Gerne würde man dir bis zum Ural entgegenkommen. Wenn du dich querstellst, essen wir jeden Tag noch einen Apfel mehr. Und wenn wir davon einen Durchmarsch bekommen, bist du wieder Schuld.

w.k.

die Massenmedien verbreiten in gewohnter „unabgestimmter Einheitlichkeit“ genüsslich Halb- und Unwahrheiten über den Untergang der DDR. Selbsternannte Dissidenten, ehemalige Pfarrer und FDJ-Funktionäre, aber auch Renegaten erscheinen auf der Bildfläche und beanspruchen die Deutungshoheit über die historischen Ereignisse der Jahre 1989/90.

Das war für uns in der **TIG Strausberg** Anlass, im gewohnten Bündnis mit anderen linken Organisationen und Parteien einen kompetenten Vertreter der damaligen militärischen Führung der DDR zu bitten, uns über die tatsächliche Lage im Herbst 89 zu informieren.

Generaloberst a.D. Fritz Streletz, Verantwortung tragender Militär in der DDR und im Warschauer Vertragssystem, erklärte sich gemeinsam mit Admiral a.D. Hoffmann und Generalleutnant a.D. Grätz dazu bereit.

Seine Darlegungen, die sich ausdrücklich auf Selbsterlebtes bezogen, zeichneten sich durch eine ihm innenwohnende hohe Sachlichkeit aus. Sie bewiesen eindeutig, dass die Mär von der erzwungenen Gewaltlosigkeit während der Massendemonstrationen der Oktobertage, die angeblichen Vorbereitungen der bewaffneten Organe der DDR zur gewaltsamen Beendigung der Entwicklung und der Entscheidung der SU über den Verbleib der Angehörigen der Sowjetarmee in ihren Kasernen in der DDR von vorn bis hinten erlogen ist.

Noch heute erschütternd waren seine Darlegungen darüber, in welcher Gefahr der Weltfrieden in diesen Tagen war und welch hohes Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein die Schutz- und Sicherheitsorgane der Bevölkerung gegenüber an den Tag legten und wie sie exakt die Befehle und Weisungen befolgten.

Es sprengt den Rahmen dieser Berichterstattung, umfangreicher auf seine Ausführungen einzugehen. Ich kann allen Lesern nur empfehlen, sich Zugang zum Internet zu verschaffen und dort unter www.isor-sozialverein.de Aktuelle Beiträge, Ausgabe 2/2014 abzurufen, in dem seine Darlegungen veröffentlicht sind.

Es sind die Aussagen eines ehrlichen, der DDR und ihrem Volk dienenden Generals, den Verurteilung, Haft und Strafrente nicht brechen konnten, der zu seiner Verantwortung steht, sein Handeln kritisch einschätzt und erhobenen Hauptes in die Zukunft blickt.

Prof. Dr. Horst Bischoff, dankte ausdrücklich im Namen unseres Vereins für diesen Zeitzeugenbericht, der viele Mitglieder stärkt und sie auch in unserem weiteren Kampf um Rentengleichheit und Beendigung der Strafrente ermuntert. Er

wies auch darauf hin, dass es notwendig ist, unabhängig von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, sich darüber zu verständigen, was aus ISOR wird und wie es weitergehen soll. Die Mitgliederzahl von 18000 übertrifft die Stärke manch einer politischen Partei. Das erfordert, sich zu entscheiden, welchen Zielen sie sich zuwenden wollen. Immer deutlicher wird, wie notwendig das einheitliche Handeln linker Kräfte in diesem Lande ist, um dem Vormachtstreben der hier Herrschenden und der ständig steigenden Kriegsgefahr entgegenzuwirken.

Hans-Joachim Friedrich

*

Bekanntlich liegt in der Bewahrung der Ruhe die Kraft. Sie dann umzusetzen, erfordert den Willen für die Lösung einer Aufgabe. Das haben wir mit den erreichten Ergebnissen unseres sozialen und rentenrechtlichen Gerechtigkeitskampfes seit Bestehen der ISOR eindeutig für jedermann belegt. Geprägt von einem starken Gemeinschaftswillen und solidarisch für politische, soziale und rentenrechtliche Möglichkeiten sind wir gemeinsam auf dem richtigen Weg für Gerechtigkeit. Dabei schätzen wir sehr den anwaltlichen Beistand der Rechtsanwaltskanzlei Bleiberg in Vergangenheit und Gegenwart.

Seit nun fast zwei Jahren verwirklichen wir in unserer **TIG Güstrow** das Zusammenfinden regionaler Sozialvereine und interessierter Bürger. Vierteljährliche, zielorientiert abgestimmte Versammlungen lösten zunehmend öffentliches Interesse aus. Themenauswahl und sachkundige Referenten waren maßgebend für eine erfolgreiche Teilnahme und interessierte Mitarbeit. So wählten wir nicht zufällig im 3. Quartal das Thema „Aufbruch und Ende! Wohin steuert die BRD von heute?“ Es war der politischen Vergangenheit und Gegenwart vor dem Jahrestag der deutschen „Einheit“ gewidmet. Gastreferent war Dr. Hans Modrow, ehemaliger DDR-Ministerpräsident und Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE, also ein prädestinierter Kenner der Thematik. Seine Anwesenheit bei uns resultierte wesentlich aus seinem Diskussionsbeitrag auf der Vertreterversammlung von ISOR im Oktober 2013.

Seine Ausführungen empfand ich rührend und konstruktiv, mit historischen und dem politischen Zeitgeist zutreffenden Fakten überzeugend unterlegt. So reifte in mir der Entschluss, ihn für eine öffentliche TIG-Versammlung zu gewinnen. Also kam es zum Termin im September in Güstrow und Neubrandenburg. Ein gelungener Brückenschlag, der sehr großen Zuspruch in der Region fand. Man bedenke: Für einen fast

87Jährigen, eloquenten Politiker sind entfernte Reisen und öffentlich streitbare Auftritte mit hohen physischen und psychischen Anforderungen verbunden und das ist nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Doch Hans Modrow wusste damit umzugehen.

Seine Ausführungen waren ohne Umschweife und Missverständlichkeiten. Mit viel Beifall bedacht, beurteilte er die Situation 1989/90 und gab umfassend Auskunft über die bewegten Tage seiner Regierungszeit. Aus seiner persönlichen Sicht betrachtet, führten die innen- und außenpolitischen Ereignisse unaufhaltbar zum schnellen Ende der DDR und beschleunigten den Anschluss an die BRD. Seine offenen, gradlinigen Ausführungen ließen erkennen, dass es auch für ihn eine schwere, belastende Bewegung war mit enttäuschenden nachhaltigen Wirkungen. Selbstkritisch bekannte er sich zu eigenen Fehlern, die oft dem Zeitdruck und oppositionellen Haltungen und Forderungen geschuldet waren. Trotz all seiner Bemühungen und der seiner Mitregierenden führte kein Weg am „Aus“ der DDR vorbei. Seiner Besonnenheit und vermittelnden Haltung in jener Zeit ist es auch zu verdanken, dass kein Einsatz von Waffen gegen die Demonstrationen erfolgte. Es zeichnet ihn als Persönlichkeit und in seinem Naturell aus, immer Kontakt zu den Menschen bis in die Gegenwart zu pflegen und das war auch auf unserem Forum an seiner Umgangsart spürbar.

Unverdrossen sich gegen Ungerechtigkeit einzusetzen, sollte ein Bedürfnis in der Demokratie sein. Der gegenwärtig in Mode gekommene Schmähungsbegegnung Unrechtsstaat DDR ist verletzend und widerspricht der Menschenwürde für alle, die in der DDR gelebt und gesellschaftsgestaltend mitgewirkt haben. Es gibt keine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffs „Unrechtsstaat“, weder in der Rechts- noch in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Das stellte der wissenschaftliche Dienst des Bundestages fest. Und nun frage ich: Ist das so schwer für die Bundestagsabgeordneten und Politiker zu begreifen? Unbestritten gab es in der DDR Unrecht, aber nicht mehr, als es heute in der BRD gibt. Ist es doch gräßlichst verletztes Recht, wenn ehemalige DDR-Bürger nach fast 25 Jahren Zugehörigkeit zur BRD nicht gleichberechtigt sind, fortwährenden Verleumdungen und Demütigungen ausgesetzt werden? Im Wissen dieser Tatsachen ist es nicht verwunderlich, wenn Menschen in Opposition zur Regierungspolitik stehen. Als Atheist stimme ich vorbehaltlos den Worten des katholischen Bischofs Norbert Trelle zu, der auf dem Einheitsfest in Hannover sagt: „Wer Einheit sagt und Grund

rechte verweigert, meint in Wirklichkeit Zwietracht.“ Ob daran jemals die in höchsten Ämtern der stehenden ehemaligen DDR-Bürger Joachim Gauck und Angela Merkel gedacht haben? Ich vermisste die korrekte Wahrnehmung ihrer Verantwortung in der Gleichbehandlung der Bürger in Ost und West. Die Bereitschaft und der Beweis zur Lernfähigkeit sind zweifellos vorhanden, wenn Ehrlichkeit und Gerechtigkeit im Umgang gegeben sind. Das ist auch ein Fazit unserer Versammlung. **Walter Krüger**

*

TIG Eisleben und Hettstedt fanden sich am 17. Oktober zu einer gemeinsamen Veranstaltung zusammen, an der auch die Ehepartner teilnahmen. So wurde trotz Problemen bei der Anfahrt und gesundheitlicher Art 26 Teilnehmer durch das ISOR-Vorstandsmitglied Dieter Wittstock begrüßt. Dieser informierte über den Stand des juristischen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht. Es ging aber auch darum, dass in gemütlicher Runde bei Kaffee und Kuchen persönliche Erfahrungen bei der Bewältigung von Alltagsproblemen ausgetauscht wurden.

Ein Mitglied hatte sich viel Mühe gegeben, um die Gäste über Freud und Leid des Jagdwesens zu informieren und sogar eine kleine Trophäenausstellung installiert sowie einen Gang durch ein Wildgatter organisiert. Danach war der von ihm präsentierte Rehbraten der praktische Beweis über die Nützlichkeit des Jagdwesens.

Das Treffen wurde als ein voller Erfolg bewertet. Alle Erwartungen wurden erfüllt und eine Fortsetzung dieser Art von Zusammenkünften ins Auge gefasst.

Werner Greifzu

*

Am 18. Oktober beging die **TIG Halberstadt/Oschersleben** den 20. Jahrestag ihres Bestehens. Dazu schreibt Otto Pump unter andrem:

Sorgfältige Vorbereitungen durch den Vorstand und Seniorenbeirat trugen zu einem erfolgreichen Verlauf der Veranstaltung bei. Wir begrüßten mehr als 70 Mitglieder und Gäste, unter ihnen der Geschäftsführer der ISOR, Wolfgang Schmidt und der Landesbeauftragte für Sachsen-Anhalt Dieter Wittstock sowie Freunde aus den TIG Magdeburg, Salzwedel, Quedlinburg und Wernigerode.

Glückwünsche überbrachte uns auch der Oberbürgermeister von Halberstadt, Andreas Henke (DIE LINKE) und würdigte die Arbeit unseres Vereins. Er sprach auch über die komplizierte Tätigkeit als Oberbürgermeister, da zu sein für alle Bürger der Stadt. Seine Worte wurden von den Teilnehmern mit Freude zur Kenntnis genommen.

Freunde der GBM und des Fördervereins Rotfuchs sowie des Ortsvorstandes der Partei DIE LINKE weilten ebenfalls unter den Gästen. Der Vorsitzende des Ortsvorstandes und ein weiteres Mitglied überbrachten eine Grußadresse.

Mitglieder der Chorgemeinschaft Halberstadt und unser Lyriker Heinz Schleusener eröffneten die Festveranstaltung mit einem kleinen Kulturprogramm.

Der Geschäftsführer Wolfgang Schmidt legte in seinen Ausführungen dar, wie der gegenwärtige Stand des Kampfes für soziale Gerechtigkeit und gegen das Rentenstrafrecht ist. Er gab in seinen Ausführungen einen Überblick über den Mitgliederstand, die Petitionen zur Rentenangleichung Ost/West und die Mitglieder interessierende Fragen. Die beim Bundesverfassungsgericht vorliegenden Gutachten können nicht ignoriert werden. Es wird einen üblich langen Verfahrensweg geben. Hier ist die Geduld der Mitglieder gefragt.

Gemeinsam mit allen befreundeten Verbänden und der Partei DIE LINKE ist es notwendig, parteiübergreifend weiter im Gespräch zu bleiben, um unsere Initiativen zu unterstützen.

Unser Anliegen muss es sein, den Zusammenhalt in der TIG zu stärken, um alle Mitglieder zu erreichen und sie für eine abwechslungsreiche und aktive Zusammenarbeit zu begeistern. Er lobte die Vereinsarbeit in unserer TIG.

So gewannen wir in den letzten zwei Jahren elf neue Mitglieder. Diese positive Bilanz steht gegen den Trend, da die Gesamtmitgliederzahl immer geringer wird.

In der Unterschriftensammlung zur Petition zur Rentenangleichung Ost an West wurden 1000 Unterschriften gesammelt – ein sehr gutes Ergebnis.

Auf der Vertreterversammlung im vergangenen Jahr wurde durch die Vorsitzende des Seniorenbeirates, Eva-Maria Hartwig, allen TIG die gewonnenen Erfahrungen einer aktiven Vereinsarbeit dargelegt.

Dem verantwortlichen Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit gelingt es immer wieder, dass unsere monatlichen Veranstaltungen in der Presse veröffentlicht werden.

Ein weiterer Höhepunkt unserer Versammlung war die Ehrung von 20 Vereinsfreunden. So wurden die Mitglieder des Vorstandes und des Seniorenbeirates, die Kassierer, Betreuer und weitere aktive Freunde mit der Ehrenurkunde der ISOR, unterzeichnet vom Vorsitzenden, Horst Parton, und einem Buch geehrt.

Mit einem Imbiss und persönlichen Gesprächen wurde die festliche Mitgliederversammlung beendet.

Otto Pump

*

Rechenschaftslegung und Neuwahl des Vorstandes standen auf der Tagesordnung der diesjährigen Mitgliederversammlung der **TIG Leipzig** am 18. Oktober.

Wie immer zu solchen Veranstaltungen begrüßten wir auch diesmal eine Reihe Gäste. Wir freuten uns über die Teilnahme vom Vorsitzenden der ISOR Horst Parton, Dr. Dietmar Pellmann, Stadtverband der Partei DIE LINKE, Oberst a.D. Friedemann Munkelt, Vorsitzender der Regionalgruppe des „Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR“, Vertretern aus den TIG Borna, Wurzen, Eilenburg, Oschatz/Torgau, Geithain, Grimma und Altenburg sowie unseren Mitgliedern Dieter Müller, Vorsitzender der TAG Leipzig der GRH, und Herbert Spalt vom Sprecherrat der DKP-Gruppe Leipzig.

Im Bericht des Vorstandes wurde deutlich, wie die Mitglieder der TIG mit vielfältigen Aktivitäten auf unterschiedlichen Gebieten ihre Verantwortung wahrnehmen. Sie tragen damit bei, unser Ziel - Beendigung des Rentenstrafrechtes - zu erreichen und die Rolle von ISOR als Sozialverein weiter auszuprägen. Angeführte Beispiele sind die Unterstützung der Petitionen zur Beseitigung der §§ 6(2) und 7 AAÜG mit über 2400 und zur schnellen Angleichung des Rentenwertes Ost an West mit über 2600 Unterschriften. Jeweils unter Einbeziehung unserer Partner, besonders des Stadtverbandes der Linken. Beispiel gebend sind aber auch die Schreiben vieler Mitglieder an sächsische Abgeordnete des Bundestages im Jahr 2012 mit Forderungen und Erwartungen zur Rentenpolitik oder in Einzelfällen persönliche Gespräche mit diesen.

Die solidarische Haltung zeigte sich auch bei der aktiven Mitwirkung vieler beim Wahlkampf für Kandidaten der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013 und den Wahlen zum Leipziger Stadtrat, dem Europaparlament und sächsischem Landtag 2014.

Das Vereinsleben in der TIG wird bereichert durch jährliche Beratungen des Vorstandes mit allen Funktionären der Untergruppen und Mitgliedern der Arbeitsgruppen Recht und Öffentlichkeitsarbeit. Neben ausgewählten Themen wie „Sozialgesetzbuch-Buch mit 7 Siegeln“ (mit Referenten der GRH) oder zum „Verfassungsrechtlichen Gutachten“, stehen bei diesen Beratungen Erfahrungen und Anforderungen der Betreuungsarbeit im Mittelpunkt, unter Einbeziehung der vom Vorstand ISOR erhaltenen Hinweise. Fester Bestandteil des Vereinslebens sind gemeinsame Veranstaltungen mit der TAG Leipzig der GRH bei Buchpräsentationen oder Vorträgen, meist unter Einbeziehung weiterer Partner.

Wachsender Beliebtheit erfreuen sich die monatlichen Wandertreffs mit zunehmender Teilnehmerzahl. Sie dienen nicht nur der Bewegung in der Natur, sondern immer auch dem Gedankenaustausch.

Hinsichtlich der Finanzarbeit wurde im Bericht eine positive Bilanz gezogen. Beitragstreue, Spendenbereitschaft und sparsamer Umgang mit den Mitteln sowie regelmäßige Kontrollen sichern die Ordnungsmäßigkeit.

Besonders erwähnt wurde im Dank an alle Mitglieder der TIG die gute Arbeit der Kassierer und Betreuer, der Kassenprüfer und des Hauptkassierers.

Bei allen positiven Ergebnissen gibt es auch in unserer TIG Möglichkeiten der Verbesserung, auf die im Bericht hingewiesen und im Beschluss festgeschrieben wurde. Dazu gehören der Ausbau der Zusammenarbeit mit befreundeten Parteien und Organisationen, die bessere Nutzung der Möglichkeiten der Mitglieder, die in anderen Organisationen, Sozialvereinen und Wohlfahrtsverbänden tätig sind sowie die Erhöhung des Anteils der Mitglieder, die sich mit individuellen Aktivitäten an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens beteiligen. Zu den Faktoren, die wir beachten müssen, gehören das zunehmende Alter und damit verbundene gesundheitliche Einschränkungen und vereinzelt auftretende Zweifel am Erfolg unseres Kampfes.

Sowohl Horst Parton als auch Dr. Dietmar Pellmann bekräftigten in ihren Beiträgen das solidarische Zusammenwirken mit Bündnispartnern zum Erreichen unserer Ziele. Sie untermauerten das mit Bezügen zur aktuellen Entwicklung und Beispielen der engen Verflechtung von Kampf um Rentengerechtigkeit, Alterssicherung und Erhaltung des Friedens.

Horst Parton dankte den Mitgliedern der TIG Leipzig für ihren Beitrag zum Gesamtergebnis von ISOR. Mit eindringlichen Worten erinnerte er daran, dass bisherige Ergebnisse des Kampfes von ISOR durch die Auseinandersetzung vor Gerichten und nicht durch Handeln der Politik erreicht wurden. Er unterstrich die Notwendigkeit, DIE LINKE als parlamentarische Kraft zu unterstützen, die außerparlamentarische Opposition zu stärken und die bewährte Zusammenarbeit nicht aufzugeben. Zum Stand der Verfassungsbeschwerden konnte Horst Parton keine konkreten Aussagen treffen. Mit seiner eigenen überzeugenden Haltung, der beeindruckenden Darlegung bisheriger Ergebnisse der juristischen Auseinandersetzung und laufender Verfahren sowie dem Wissen um die Qualität der beim BVerfG eingereichten Dokumente und Kompetenz der beteiligten

Juristen stärkte er die Zuversicht auf einen erfolgreichen Ausgang. Die Kammer des BVerfG hat nun zu den vorliegenden Beschwerden zu entscheiden.

Mit der Bestätigung des Rechenschaftsberichtes, des Beschlusses der MV zu den Aufgaben der nächsten Etappe und der einstimmigen Wahl des neuen Vorstandes der TIG bekräftigten die Mitglieder ihre Entschlossenheit, den weiteren Weg mit zu gestalten.

Siegfried Lorenz

Aus der Postmappe

Anlässlich des 65. Jahrestages der Gründung der DDR und des 25. Jahrestages der sogenannten Wende gehen meine Gedanken zurück.

Als junger Mensch, noch keine 18 Jahre alt, habe ich die Schrecken des 2. Weltkrieges als Angehöriger der 14. Luftwaffenfelddivision miterlebt. Gemeinsam mit meinen Freunden, die ähnliches erlebt hatten, waren wir uns einig - nie wieder Krieg. Wir waren bereit, all unsere Kraft für die Erhaltung des Friedens einzusetzen und gründeten 1946 auf unserem Dorf eine FDJ-Gruppe.

Anfang des Jahres 1949 gab es wiederholt Aufrufe an die Jugend, besonders an die FDJ-Mitglieder, zum Schutz der bis dahin geschaffenen Errungenschaften, Dienst in der Kaserierten Volkspolizei zu leisten. So trat ich im August 1949 meinen Dienst im 9. Kommando der KVP an und habe bis zu meiner Invalidisierung 1985 in den bewaffneten Organen der DDR meinen Dienst versehen.

Erschrocken war ich, als ich mit der sogenannten Wende bestraft wurde und nur noch 900 DM Invalidenrente bekam und davon noch 100 DM Krankenversicherung zahlen musste. Aber warum? Mein ganzes Leben habe ich für die Erhaltung des Friedens und die Stärkung unserer DDR gearbeitet und gekämpft. Und nun das Unverständliche. Der Rechtsstaat Bundesrepublik bestraft uns für unseren Kampf für den Frieden.

Deshalb war ich 1991 sofort bereit, gegen diese Ungerechtigkeit zu kämpfen. Gemeinsam mit anderen Genossen trafen wir uns im Keller eines Hochhauses in Halle. Dort berichtete ein Genosse von der ISOR-Gründung in Berlin. Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, auch in Halle eine ISOR-Gruppe zu gründen. Jeder von uns hatte den Auftrag, Genossen anzusprechen, die ihre Einstellung nicht geändert hatten und keine Wendehälse geworden sind, für eine Mitgliedschaft in ISOR zu gewinnen. Es dauerte nicht lange und die Zahl unserer Mitglieder nahm rasch zu. Ich übernahm das Wohngebiet Halle-Nord,

warb Mitglieder, betreute und kassierte diese. Bald entwickelte sich eine rege Mitarbeit. Wir trafen uns regelmäßig, sprachen über die politische Lage und unseren Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Dabei wurden wir durch unsere Rechtsanwälte wirksam unterstützt und haben auch bereits viel erreicht. Ich denke an die Rentenerhöhung von 0,7 auf einen Entgeltpunkt. Dies waren für jeden Einzelnen spürbare Verbesserungen, die auf unseren juristischen und politischen Kampf zurückzuführen sind. Daran sollten sich auch die erinnern, die nicht mehr so recht glauben wollen, dass es uns gelingen wird, das Rentenstrafrecht ganz zu überwinden.

Ich bin optimistisch, dass uns dies gelingen wird. Ob ich es noch erlebe, ist eine andere Frage. Heute bin ich auch schon im hohen Alter, kassiere zwar nicht mehr, nehme aber noch immer, zusammen mit meiner Frau, am politischen Kampf und dem geselligen Leben in unserer TIG teil.

Bernhard Dehmel

*

Die in der Stadt Halle bestehenden Seniorengemeinschaften und -gruppen, Wohlfahrts- und freie Verbände, sowie die der Kirchen, Gewerkschaften und politischen Parteien haben im Juni 1995 die „Seniorenvertretung der Stadt Halle e.V.“ als Dachverband gebildet, dem auch ISOR mit seinen Territorialen Interessengemeinschaften angehört.

Im Rahmen der diesjährigen Halleschen Aktionstage fand im September im Stadthaus eine interessante und aufschlussreiche Fachtagung unter dem Motto „Wie viel Pflege braucht das Ehrenamt? - Wie viel Ehrenamt braucht die Pflege?“ statt.

Nach Grußworten des Oberbürgermeisters sowie der Staatssekretärin des Ministeriums für Arbeit und Soziales von Sachsen-Anhalt referierte der Geschäftsführer des „Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement“ über die Rolle des Ehrenamtes und speziell zur Frage: Wer kümmert sich um die Alten, wer kümmert sich um die Ehrenamtlichen?

Sowohl in der anschließenden Podiumsdiskussion als auch in den Praxisforen wurde deutlich, dass alle Sozialverbände ähnliche Probleme haben wie ISOR.

Alle unsere Funktionsträger leisten eine anerkennenswerte ehrenamtliche Arbeit. Die Anzahl unserer älter werdenden Mitglieder steigt ebenso stetig wie die der pflegebedürftigen. Dabei werden die ehrenamtlich Tätigen auch nicht jünger und es wird schwieriger, entstehende Lücken zu schließen.

Hinzu kommt, dass die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht nur mit einem Zeitaufwand sondern auch mit Kosten verbunden ist, die die Sozialverbände nur unzureichend abdecken können. Eine Unter-

stützung durch das Land oder die Kommune ist bei einem erheblichen bürokratischen Aufwand mit einer vergleichsweise geringen Einzelförderung verbunden und setzt eine Gemeinnützigkeit des Sozialverbandes voraus. Dieser Lage müssen wir zukünftig mehr Beachtung schenken. Hier ergibt sich für ISOR ein stärkeres Betätigungsfeld. Damit sind alle Mitglieder gefordert. Ideen, und Erfahrungen sind Gegenstand unserer nächsten Zusammenkünfte. Denn, egal wie unsere Klagen vom Bundesverfassungsgericht entschieden werden, ISOR wird und muss weiterbestehen. Es gibt eine Zeit danach.

Hans Schwart

*

Jeden Monat erlebe ich in meinem Wohngebiet eine gleiche oder ähnliche Situation, wenn ich **ISOR aktuell** an die Mitglieder unseres Vereins austrage.

Das Mitteilungsblatt wird von allen mit Ungeduld erwartet. Wenn ich mich mal einen Tag verspäte, gibt es schon Nachfragen.

Nach der Begrüßung erfolgt fast immer der erste Blick auf den Leitartikel und dann wird die letzte Seite angesehen. Die Mienen drücken die Furcht aus, unter den Verstorbenen einen Bekannten, Mitstreiter oder Freund zu finden.

Sie hellen sich etwas auf, wenn das nicht der Fall ist. Danach geht es auf die Geburtsstagsseite und hier höre ich oft etwas in der Art: „Mensch, der ist noch da. Na, mit dem war ich da oder dort zusammen. Schön, dass es ihn noch gibt“.

Erst dann und oft später werden die anderen Informationen gründlich gelesen und diskutiert. Dabei spielen die Beiträge über Haltungen anderer Organisationen und Parteien zur Rentenpassung und Beseitigung des Rentenstrafrechts eine große Rolle, aber auch die Aktivitäten anderer TIG, Meinungsäußerungen oder Buchempfehlungen werden aufgenommen. Immer beliebter wird der „Zwischenruf“.

Es wird deutlich, dass dieses Informationsblatt den Zusammenhalt unserer Mitglieder stärkt und erhält. Erfahrungen werden vermittelt und das scheint mir wichtig zu sein.

Darum noch zwei Gedanken in eigener Sache.

In der Septemberausgabe las ich vom Tod des Genossen Albin Schneider in Magdeburg. Von 1961 bis 1965 war ich als Wachtmeister sein ABV in Berlin und er hat mich, obgleich als Stabschef im Präsidium nicht schlecht gebeutelt, bei meiner Arbeit so unterstützt, dass ich ihn immer in guter Erinnerung behalten habe.

In diesem Monat finden wir unter den 85-jährigen Jubilaren Heinz Hartwich, ehe-

maliger Lehrer und Lehrgangsleiter an der Fachschule des MdI „Wilhelm Pieck“ und nach Gründung von ISOR jahrelanger aktiver Kämpfer in der TIG Aschersleben. Nun, gesundheitlich bedingt, zum kürzer treten gezwungen, bleibt er für uns, seine ehemaligen Schüler, ein Vorbild.

ICKE

*

Bei anderen gelesen

Bewaffnete Organe wollen West-Rente Petition ehemaliger NVA-, Grenztruppen- und Polizei-Angehöriger

Stendal. Mit einer Petition fordern die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR eine unverzügliche Angleichung der Ost-Renten an das West-Niveau. Seit Jahren kämpfen die früheren Vertreter von NVA (Nationale Volksarmee), Grenztruppen, Zivilverteidigung (ZV), Volks- und Transportpolizei sowie der Kampfgruppen der Arbeiterklasse gegen das „Rentenunrecht“, nun untermauern sie ihre Forderungen mit einer Unterschriftensammlung. Im Raum Stendal haben 626 Bürger die Petition unterschrieben. Auf den Weg gebracht wurde sie von der „Initiativgemeinschaft zum Schutz der

sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“ (ISOR), konkret von der „Territorialen Initiativgruppe“ (TIG) Stendal.

In allen neuen Bundesländern wird die gleich lautende Petition von insgesamt 76.260 Unterzeichnern mitgetragen. Im Durchschnitt habe jedes ISOR-Mitglied zusätzlich zur eigenen Unterschrift noch drei weitere eingeholt, heißt es in **ISOR aktuell**. In der Zeitschrift bezeichnet die ISOR die Partei „Die Linke“ als „verlässlichen Partner“ in ihrem „Kampf gegen das Rentenunrecht“.

Die Forderung soll jetzt, nach der Parlamentspause, dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übergeben werden. Ziel ist es, damit eine öffentliche Anhörung zu erreichen. „Die im Bundestag vertretenen Parteien werden sich positionieren und zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Thema Rentenangleichung weiter auf der Tagesordnung bleibt, viele Bürger sich nicht länger hinhalten lassen wollen und Politikerver sprechen endlich einzuhalten sind“, heißt es in **ISOR aktuell** weiter dazu. Der Altersdurchschnitt der ISOR-Mitglieder liegt bei 74,5 Jahren.

Ulrike Meineke in der „Altmark Zeitung“
v. 10. September 2014

20-jähriges Bestehen von ISOR

Halberstadt (geg). Anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Interessengemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR) laden der Vorstand und Seniorenbirat der territorialen Initiativgruppe Halberstadt/Oschersleben am Sonnabend, 18. Oktober zu einer festlichen Mitgliederversammlung ein. Alle Mitglieder und deren Ehepartner sowie Freunde und Sympathisanten sind ab 10 Uhr im Restaurant

„Lindenholz“. Spiegelsbogen weg 16, herzlich willkommen.

An dem Tag soll nach Erörterungen von Mitgliedern darüber gesprochen werden, welche neuen Aspekte sich ergeben für die Lösung vielschichtiger Aufgaben in den kommenden Jahren. Den Besuchern wird anschließend ein kleines Kulturprogramm und ein Imbiss geboten.

Ihr kommen haben der Geschäftsführer der ISOR-Berlin Wolfgang Schmidt und der Landesbeauftragte Dieter Wittstock zugesagt.

Lesenswert

Klaus Blessing

Die sozialistische Zukunft. Kein Ende der Geschichte! Eine Streitschrift

Edition Berolina, Berlin 2014

ISBN 978-3-86789-831-7, 256 Seiten, 14,99 €

Klaus Blessing hat schon mehrere streitbare Bücher vorgelegt, so zu den Schulden des Westens oder über Bundespräsident Joachim Gauck.

Mit seinem neuen Buch greift er grundsätzliche Fragen auf. Gestützt auf faktenreiche und statistisch untermauerte Betrachtungen, widmet er sich der Frage, wie eine sozialistische Gesellschaft, eine Alternative zum realen Kapitalismus aussehen und entstehen könnte.

Dabei betrachtet er tabulos die Ursachen des Scheiterns des von ihm als „praktizierten“ Sozialismus bezeichneten Modells und untersucht hoffnungsvolle Ansätze, insbesondere in latein-amerikanischen Ländern, für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Sein Buch soll zum Nach- und Weiterdenken anregen, angesichts der zahlreichen Versuche, den Kapitalismus zum Ende der Geschichte oder als unüberwindbar zu erklären. Aber auch angesichts täglich neuer Erfahrungen, dass der Kapitalismus keines der drängenden Menschheitsprobleme zu lösen vermag und eine reale Gefahr besteht, dass die Menschheit ihre eigenen Lebensgrundlagen vernichtet.

Klaus Blessing scheut sich nicht, scheinbare Gewissheiten im bisherigen marxistischen Denken kritisch zu hinterfragen, so z.B. die Rolle der Menschen, die zum eigenen Nutzen handeln, auch von Gier getrieben werden und nicht einfach neu geformt werden können.

Auch vertritt er die Auffassung, dass die sozialistische Gesellschaft keine höhere Arbeitsproduktivität hervorbringen kann als der Kapitalismus, schon weil es nicht Ziel sein kann, die ins Extreme gesteigerte Ausbeutung von Mensch und Natur zu übertreffen. Beschrieben wird, welche Merkmale eine erneuerte sozialistische Gesellschaft prägen sollten und ein ganzes Kapitel steht unter der Überschrift „Der chinesische Weg – Beispiel für die Welt?“

Seinem Buch hat der Autor eine Maxime des

brasilianischen Politikers Nelson Jobim vorangestellt: „Schluss mit dem Denken im Kleinen. Wer klein denkt, bleibt auch klein und abhängig. Man muss selbstbewusst und mutig sein und strategisch denken, wenn man Probleme anpacken will

W.Sch.

*

Hans Weise

Tagebuch eines DDR-Kriminalisten, Bd. 1

Edition Nachbarn, Berlin 2014, 14,95 €

Tel. 0176/95541760

Kriminalrat a.D Hans Weise, der auf eine mehr als 35-jährige Dienstzeit zurückblicken kann und zum Ende der DDR als Stellvertretender Leiter der Kriminalpolizei in der VP-Inspektion Berlin-Pankow tätig war, hat begonnen, seine vielfältigen Erlebnisse als Kriminalist der DDR aufzuschreiben. Er schildert, den Alltag eines Kriminalisten in der DDR, die Aufklärung kleinerer und größerer, spektakulärer und weniger aufregender Fälle, immer nah am Leben.

Es gelingt Hans Weise, seine Erlebnisse in kurzweiliger, verständlicher Form, mit hintergründigem Humor darzustellen. Sein Buch ist eine vergnügliche Lektüre und weckt die Neugier auf die weiteren Bände.

W.Sch.

Mit Blick auf den 25. Jahrestag der Öffnung der Grenzübergangsstellen legt die Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V. unter der Redaktion von Oberst a. D. Dr. Rolf Ziegenbein eine Publikation unter dem Titel

„Wissenschaftliche Kritik und Reformbestrebungen zum Grenzschutz der DDR zwischen 1980 und 1990“

vor. Die Autoren sind ehemalige Offiziere der Grenztruppen und Mitglieder und Sympathisanten der GRH. Das Heft bietet in überwiegend dokumentarischer Form Einblick in innere Entwicklungen und Auseinandersetzungen zu einer Reform des Grenzregimes der DDR in ihrem letzten Jahrzehnt. Man muss nicht alle Aussagen und Formulierungen der damaligen Umbruchszeit mittragen, aber eine interessante historische Dokumentation ist das Heft auf jeden Fall.

Kosten: 6,00 € inkl. Versand. Bezugsmöglichkeiten: Dr. Lothar Glaß, Tel: 0351 4707918 und Dr. Rolf Ziegenbein, E-mail:

ehr.ziegenbein@freenet.de

Von Mitglied zu Mitglied

Ganzjährig komf.**** FeWo für 2 Pers. in Sellin/Rügen in ruhig. Lage, 250 m zum Südstrand. Parken am Haus. NR; keine Haustiere. Tel. 038303 86789 Fax #98500, mob.015209805529. www.achsniick.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 29.10.2014

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.11.2014

Einstellung im Internet: 05.12.2014

Auslieferung: 11.12.2014

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15